

L1Neu3 Klimagerechtigkeit jetzt

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Mitteleuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteausfälle. Was jedoch in den Industriestaaten durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung. Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten Klimaveränderung zu tragen haben.

Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf bezüglich der Klimakrise bestärkt wird.

Die Bewohner*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung bedroht sind, sind am massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese Menschen vor Hunger und Elend fliehen, die sie nicht selbst zu verantworten haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen werden.

Es ist unsere Pflicht, die Klimakrise einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu sorgen!

Energie

Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, soll die Landesregierung auf allen Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen.

Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Kohle Im- und Exportverbot in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen.

Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf bezüglich der Klimakrise bestärkt wird.

Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler Trägerschaft, unterstützen um einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Wir fordern ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

Verkehr

Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und gesundheitsschädigende Emissionen.

Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform der motorisierte Individualverkehr.

Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der gesamte Sektor von fossilen Energiequellen gelöst werden.

Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten ohne dabei unsere

48 Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives Zurückdrängen des
49 motorisierten Individualverkehrs und die politische und finanzielle
50 Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs und des
51 Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie etwa des
52 A1-Lückenschlusses in der Eifel.

53
54 Der Flugverkehr gehört zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen
55 werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist
56 steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der
57 Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und auf Bahnstrom soll auf 0%
58 verringert werden. Inlandsflüge müssen folglich durch attraktive Zugverbindungen
59 an Reiz verlieren. Außerdem fordern wir ein Verbot von Kurzstreckenflügen unter
60 600km.

61 Wir fordern im Mittelrheintal anstatt Brückenprojekten einen 24-stündigen,
62 subventionierten emissionsfreien Fährverkehr. Sollte eine Brücke gebaut werden,
63 sollte diese ausschließlich für Fußgänger und Fahrradfahrer genutzt werden.

64 Kommunale Einrichtungen sollen zu Nahwärmeinseln zusammengeschlossen werden und
65 die Möglichkeit, für alle Haushalte mit Blockheizkraftwerken ans Fernwärmenetz
66 angeschlossen zu werden, soll verbessert werden. Dies ist nicht nur für die
67 Kommunen energiesparend und somit klimaschonend, sondern auch kostensparend.

68 Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der
69 Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Karlsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier
70 können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot
71 attraktiver machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur
72 Entlastung der stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss
73 Rheinland-Pfalz auf Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro,
74 die dazu im Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder
75 zur Verfügung stellen.

76 Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der
77 Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

78
79 Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in
80 Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darstellen. Dazu gehört,
81 insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden, eine Verdichtung des
82 Fahrtaktes und die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa
83 Car Sharing, elektrifizierte Lastenräder oder Fahrräder.

84
85 Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und
86 eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

87
88 Ein wichtiges Schlüsselement in der Entwicklung eines CO₂-neutralen Verkehrs
89 stellt das Fahrrad dar. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert
90 und unterhalten werden. Darum fordern wir auf Landesebene das
91 Verkehrsministerium mit Nachdruck auf, den Bau der geplanten Radschnellwege bei
92 Mainz, Trier und Ludwigshafen endlich umzusetzen und den Radverkehr stärker zu
93 fördern. Vor Ort müssen die Kommunen die vorhandenen Fördermittel ausschöpfen
94 und moderne Verkehrskonzepte entwickeln, die das Fahrrad als gleichberechtigtes
95 Verkehrsmittel betonen. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss
96 betrachtet werden. Genauo wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein

Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor Allem bei Neu- und Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradstände und Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können. Nur so können wir eine nahtlos ineinandergreifende, kooperative, ökologische Mobilität ermöglichen.

Abfall/Konsum

Unser Wirtschafts- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den Planeten und dessen Bewohner*innen. Hier zeigt sich ein deutliches Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses. Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen. Der Export von Müll muss komplett verboten und eine verpflichtende Recycling-Quote, welche die aktuelle (Stand 12.10.18) übersteigt beschlossen. Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik, entbehrt jeder Logik und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen, ebenso wie Plastiktüten, verboten werden.

Der Einsatz von Recyclingpapier an Stelle von Frischfaserpapier soll innerhalb der nächsten zwei Jahre in Behörden und öffentlichen Einrichtungen in RLP zum Standard werden. So kann das Land Rheinland-Pfalz seiner Vorbildfunktion bei der Ressourcenschonung gegenüber den Bürgern nachkommen. Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls angepasst werden. Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung fördert. Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen. Zum Schutz unserer Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenumüllgebühr abzuschaffen um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss besonders bei dem Verladen und Ablösen von Düngemitteln auf einen besseren Umweltschutz geachtet werden. Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter verpflichtet werden auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind dazu zu verpflichten den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden. Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder pharmazeutische Rückstände, müssen in adäquater Weise durch unsere Kläranlagen beseitigt werden können. Dazu sind die kommunalen Kläranlagen entsprechend nachzurüsten.

Landwirtschaft

Die konventionelle Landwirtschaft schadet nicht nur der Umwelt in größtem Maße, sondern ignoriert das Wohl der ausgebeuteten Tiere. Unser Ziel ist eine baldige Überwindung der Nutztierhaltung. Bis wir es erreicht haben, die Nutztierhaltung zu überwinden, müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden, um jetzt schon eine

148 Landwirtschaft zu etablieren, die sog. Nutztieren in der Obhut von Menschen eine
149 würdige Lebensqualität garantiert, zum Artenschutz beiträgt, unsere
150 Gewässerqualität schützt und den Beitrag klimaschädlicher Emissionen auf ein
151 Minimum reduziert.

152 Ein erster Schritt dorthin ist das Überwinden von Tierhaltung ohne Weidegang,
153 aber auch der Übergang vom schmerzhaften Ohrmarken zum chippen. Solange es
154 Schlachtung – entgegen unserer Grundsatzhaltung – gibt, muss es Pflicht sein,
155 den gesamten Schlachtkörper zu verwenden, da kein Körperteil des Lebewesens als
156 „minderwertig“ gelten/aussortiert werden darf. Damit verbunden dürfen keine
157 „Schlachtabfälle“ exportiert werden, weil diese eine dramatische Bedrohung für
158 die lokalen Märkte in Zielländern darstellen.

159 Die europaweiten Biostandards sind oft unzureichend und täuschen den
160 Verbrauchenden eine umweltfreundliche Produktion vor.

161 Denn das europaweite Biosiegel erlaubt doppelt so viele der pro Fläche
162 gehaltenen Legehennen oder Masthühner wie die drei größten deutschen Bioverbände
163 Bioland, Demeter und Naturland.

164 Konkret bedeutet das: Die EU und alle drei Anbauverbände empfehlen pro Hektar
165 die Tierhaltung von 2 Milchkühen oder 5 Mastkälbern. Bei anderen Nutztierarten
166 gehen die Vorschriften der EU und die der Anbauverbände noch weiter auseinander:
167 während die EU pro Hektar 14 Mastschweine zulässt, sehen Bioland, Naturland und
168 Demeter maximal 10 vor. Noch gravierender sind die Unterschiede bei den
169 Besatzdichten von Geflügel, denn 580 Masthühner oder 230 Legehennen dürfen laut
170 EU-Bio-Verordnung pro Hektar gehalten werden - Mitglieder der drei Anbauverbände
171 erlauben dagegen "nur" 280 Masthühner oder 140 Legehennen.

172 Außerdem sollten Zweinutzungshuhnrasen standardisiert in der Hühnerhaltung
173 eingesetzt werden, um das sogenannte Kükenvergasen und Kükenscheddern
174 überflüssig zu machen und mit diesen robusten Arten eine definitiv artgerechte
175 Haltungsform ermöglichen zu können.

176 Die EU-Bio-Siegel-Richtlinien machen keine Angaben zur Distanz des Schlachthofs.
177 Während der Transport bei Bioland, Demeter und Naturland auf maximal vier
178 Stunden oder 200 Kilometer beschränkt ist, kann ein Schwein mit EU-Bio-Siegel
179 eine Fahrt durch halb Europa hinter sich haben.

180 Deshalb hat das EU-Bio-Siegel nicht viel mit Nachhaltigkeit und ausdrücklich
181 Tierwohl zu tun. Darum fordern wir nicht nur die Richtlinien des Bioland
182 Verbandes als Mindeststandard, sondern auch ein ausagekräftiges, transparentes
183 Tierwohllabel. Echten Tierschutz gibt es nur ohne Nutztierhaltung. Denn schon
184 jetzt fordert fast 90% der Bevölkerung bessere Standards in der Tierhaltung und
185 mehr Transparenz im Produktionsprozess (Quelle: BMEL-Ernährungsreport 2017).

186 Aber auch ein Klima-Label für Lebensmittel ist überfällig, um für den
187 Verbraucher transparent den Wasserverbrauch, den Transportweg und CO₂ Ausstoß
188 des zu kaufenden Lebensmittel aufzuschlüsseln.

189 Das Insektensterben nimmt immer erschreckendere Ausmaße an und gefährdet das
190 Gleichgewicht unserer gesamten Ökosysteme. Daher muss insektenfreundliches
191 Dauergrünland und weitere Maßnahmen noch stärker gefördert werden. Die
192 Landesregierung muss hierbei mit gutem Beispiel vorangehen und das Dauergrünland
193 des Landes und der Kommunen in Tierparadiese umwandeln. Die Kommunen sollen dazu
194 angehalten werden, EHD-Flächen auszuweisen.

195 Zusätzlich muss ein Herbizid- und Neonicotinoidverbot auf allen Landes- und
196 Kommunalflächen eingeführt und in alle Pachtverträge übernommen werden.

197 Die momentane Landwirtschaftssubventionierung fördert vor allem die industrielle

198 Landwirtschaft und schadet somit der Umwelt. In Zukunft darf nur noch
199 biologische Landwirtschaft gefördert und die Förderung von Industrieller
200 Landwirtschaft komplett zurückgefahren werden. Denn durch kleinbäuerliche und
201 biologische Landwirtschaft wird ein erheblicher Beitrag zur
202 Biodiversitätssicherung, zum Gewässerschutz und der Ernährungssicherheit
203 geleistet.

204 Die Landesregierung muss sich deshalb dafür einsetzen, dass die Bundesregierung
205 die Richtlinien, nach denen die Fördermittel der EU verteilt werden, dahingehend
206 anpasst werden.

207

208 Moore und deren Schutz kommt eine Schlüsselposition im Klimaschutz zu. Moore
209 sind nicht nur Lebensraum für eine Vielzahl gefährdeter Tier- und Pflanzenarten,
210 sie sind auch ein exorbitant großer Speicher für Kohlenstoffdioxid. Die
211 Trockenlegung und Verbrennung von Mooren durch die Bundeswehr ist eine
212 Katastrophe für die Biodiversität und den Klimaschutz. Die Entwässerung von
213 Mooren und die damit zwangsläufig verbundene Freisetzung von CO₂ trägt mit 5%
214 einen enormen Einzelposten zu den menschengemachten CO₂-Emissionen bei.

215 Die Wiedervernässung von Mooren muss daher ein integraler Bestandteil von
216 Klimaschutzpolitik sein. So könnten enorme Mengen Kohlenstoffdioxid gebunden
217 werden.

218 Die Wiedervernässung von Mooren des globalen Südens zu finanzieren ist Aufgabe
219 von Industriestaaten, da sie so einen Beitrag zur Reduktion ihrer
220 Klimagasemission leisten können.

221 Vor allem muss sowohl Torfabbau als auch Torfimport und die Entwässerung von
222 Mooren verboten werden.

223

224 Es ist ein System zu entwickeln, in dem die Industriestaaten zur Finanzierung
225 der Bewältigung von Folgen der Klimaerwärmung in den Ländern des globalen Südens
226 herangezogen werden. Gleichwohl müssen die Industriestaaten Klimaschutzprojekte,
227 etwa den Bau von Photovoltaikanlagen in den diesen Ländern mit finanzieren.